Zeitschrift: Itinera : Beiheft zur Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte = supplément de la Revue suisse d'histoire = supplemento della Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 7 (1987)

Artikel: Aspekte der Bismarckzeit im Spiegel der "diplomatischen Dokumte der Schweiz"

Autor: Stadler, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1077707

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ASPEKTE DER BISMARCKZEIT IM SPIEGEL DER 'DIPLOMATISCHEN DOKUMENTE DER SCHWEIZ'

von

Peter STADLER

Es gehört zum Wesen und zu den Reizen der Diplomatischen Dokumente der Schweiz, dass sie den Auf- und Niedergang der Staaten wie auch den der grossen Staatsmänner des knappen Jahrhunderts zwischen 1848 und 1945 widerspiegeln. Zwar wäre es reichlich ideologisch anzunehmen, dass der Kleinstaat dazu ein besonders geeignetes Proszenium abgebe. Die Geschichte des letzten wie die unseres eigenen Jahrhunderts lehrt zur Genüge, dass Kleinstaaten ebenso sterblich sind wie Grossmächte, dass die so tröstliche Formel "moderata durant" leider keineswegs immer der geschichtlichen Realität entspricht. So sind nach 1848 alle italienischen Klein- und Mittelstaaten von der Bildfläche verschwunden; die deutschen zwar nur zum Teil, aber im wesentlichen sind sie doch ihrer politischen Selbständigkeit beraubt worden. Nach 1918 entstand wieder ein stattlicher Kranz ostmitteleuropäischer Mittel- oder Kleinstaaten, aber sie haben den Zweiten Weltkrieg entweder gar nicht überlebt - wie die baltischen Staaten - oder mit so stark beschränkter Souveränität, dass von wirklicher Selbständigkeit kaum noch die Rede sein kann. Spannt man den Bogen aber noch weiter, so muss man feststellen, dass die Schweiz einer von den ganz wenigen Kleinstaaten ist, die sich seit Beginn der Neuzeit wirklich ununterbrochen im geschichtlichen Daseinskampf behaupten konnten - dies ein wesentlicher und oft übersehener Aspekt, wenn man vom "Sonderfall Schweiz" spricht.

Damit aber zum engeren Thema unserer Betrachtung selbst. Streng genommen versteht man unter Bismarckzeit die 19 Jahre zwischen

1871 und der Entlassung im März 1890. Im weiteren Kontext kann man diese Zeitspanne auf ein rundes Vierteljahrhundert erstrekken, indem man das Jahr 1865 zum Ausgangspunkt nimmt, da Bismarck immer mehr zur zentralen Figur der europäischen Politik wurde und Napoleon III. in den Hintergrund zu verdrängen vermochte. Diese Aera gewinnt in den DDS besonderes Profil dank der Kontinuität der diplomatischen Berichterstattung, die 1867 mit der Errichtung einer schweizerischen Gesandtschaft in Berlin einsetzt und durch drei Gesandte von spezifischer Eigenart bestimmt ist. Zwei davon sind nach ihrer Gesandtenzeit Bundesräte geworden, nämlich der Glarner Landammann Joachim Heer und der Solothurner Oberst und Oberinstruktor der schweizerischen Artillerie Bernhard Hammer. Der dritte, der Appenzeller Landammann Arnold Roth, musste sein Land in den zunehmend schwierigeren Jahren des Sozialistengesetzes und des Wohlgemuth-Handels vertreten.

Am 17. Mai 1867 berichtete Heer von seiner Antrittsvisite bei Bismarck und hielt zunächst Aeusserliches fest: "der Ausdrukk seines Gesichtes, auf Abbildungen gewöhnlich streng u. fast grimmig, ist in Wahrheit eher sanft, wie er denn auch im Sprechen einen durchaus sanften, liebenswürdigen, fast möchte ich sagen bescheidenen Ton anschlägt." Aufs Politische übergehend hob Bismarck unter der Nachwirkung der Luxemburger Krise die im Grunde isolierte Stellung Frankreichs hervor, es werde keine Verbündeten finden. Abschliessend aber kam der Kanzler des Norddeutschen Bundes - seltsam genug - auf den Sonderbundskrieg zu reden: "1847 im September sei er durch Luzern gekommen, gerade als man dort & in Alpnach Schanzen aufgeworfen habe. Es schien mir, er verbinde mit diesen Reminiscenzen einen etwas spöttischen Rükkblikk auf die damalige schweiz. Armee & ergriff daher die Gelegenheit zu erklären, dass seither sehr vieles geschehen sei, dass die Armee von 1847 mit der heutigen in keiner Weise verglichen werden dürfe."[1]

Dass Berlin als Orientierungspunkt schweizerischer Politik nach 1867 immer wichtiger wurde, hängt nicht nur mit dem zunehmenden

Gewicht des Norddeutschen Bundes und dann des jungen Reiches in Europa zusammen, es ergab sich aus der Notwendigkeit der Straffung des eigenen Bundes zwischen 1870 und 1874 - ein Vorgang bundesstaatlicher Zentralisation, wie er eben nur in Deutschland eine verwertbare Entsprechung fand. Dazu kam, dass zumindest anfänglich noch keineswegs alle Hoffnungen auf Erweiterung des eigenen Territoriums begraben waren. Im Herbst 1870 riet Bernhard Hammer aus Berlin dringend, die schwierige Lage Frankreichs zu einer Besetzung Nord-Savoyens auszunutzen, und im Februar 1871 musste der Pariser Gesandte Kern gegen eigenen Willen und bessere Einsicht bei Bismarck in Versailles einer Gebietserweiterung der Schweiz in Richtung Mülhausen das Wort reden - natürlich ohne den geringsten Erfolg. Nach 1871 stabilisierten sich die Grenzen, und nun musste die Schweiz froh sein, nicht selber zum Objekt irredentistischer Wünsche vonseiten Italiens zu werden. Dass aber im Zeitalter des Imperialismus und seiner charakteristischen Torschlusspanik auch hierzulande - wenn auch ganz vereinzelt - Wünsche laut wurden, bei kolonialen Unternehmungen in irgendeiner Form dabei zu sein, zeigt die Anfrage eines Nationalrates. Die von Numa Droz entworfene Antwort des Bundesrates lautete nun allerdings kategorisch: "Mit der Beteiligung an Kolonisationsunternehmungen würde der Bund eine Verantwortlichkeit übernehmen, der er unter Umständen absolut nicht gerecht werden könnte. Darüber sind alle Nationalökonomen einig, dass, um zu kolonisiren ein Stat ein Küstenland sein und also auch eine Flotte haben muss. Ohne eine solche wird eine Kolonie früher oder später sich dem Einfluss des Mutterlandes vollständig entziehen. Dass durch Anlegen von Kolonien der Handel und die Industrie des Mutterlandes belebt werden, hat sich fast immer als Illusion erwiesen; der Handel ist kosmopolitisch und kauft und verkauft, wo ihm das Absatz- resp. das Bezugsgebiet am günstigsten zu sein scheint und keineswegs aus patriotischen Motiven."[2]

Das waren kleine Spritzer grosser weltgeschichtlicher Wellengänge.

Wichtiger waren schon die Auseinandersetzungen, die sich im Zentrum Europas abspielten. In den früheren 1870er Jahren dominierte ganz eindeutig der Kulturkampf. Ich will mich da nicht wiederholen, sondern lediglich festhalten, dass dieser Konflikt, den manche Zeitgenossen als den Jahrhundertkonflikt betrachteten, die offizielle Schweiz und das Bismarckreich zeitweilig eng aneinander band. "Wir kämpfen auf dem nämlichen Boden und um die nämlichen Ziele", sagte Bismarck dem schweizerischen Gesandten, als er die Eidgenossenschaft zur Vertreibung Mermillods beglückwünschte. Daran knüpfte er ein perspektivenreich monologisierendes Gespräch mit der Vision des unaufhaltsamen Niedergangs des Katholizismus[3].

Aber der Kulturkampf, der doch die Bundesrevision von 1874 entscheidend voranbringen half, verlor schon in diesem Jahre an Kraft und verebbte in den folgenden vollends. Andere Probleme traten in den Vordergrund. Die grosse Depression mit dem von Deutschland eingeleiteten Uebergang zum System der Schutzzölle griff auf Europa über und traf die ganz auf Exporte ausgerichtete schweizerische Wirtschaft besonders empfindlich. "Un peu partout sur le continent et même en Angleterre il faut compter avec les protectionistes", sagte Gambetta einmal zum schweizerischen Gesandten Kern[4].

Die Schweiz konnte da nicht einfach nachziehen, durfte sich aber auch nicht ins Abseits drängen lassen. Die Jahre zwischen 1875 und 1890 sind die Zeit des mühsamen Aufbaus einer Aussenhandelspolitik des Bundes, des schwierigen Ringens um neue oder um die Erneuerung bestehender Handelsverträge. Es sind die Jahre der Eisenbahnkrise, die sogar die Vollendung der Gotthardlinie gefährdete. Wir können diese Aspekte hier nicht weiterverfolgen, müssen uns aber im klaren sein, dass sie einen wesentlichen Teil der Dokumentenmassen des neu erschienenen Bandes 3 der DDS ausmachen, ja ihn streckenweise bis zur Monotonie beherrschen. Wer sich in diese Details vertieft, sieht, wie zähe z.B. bei Handelsverträgen oft um jede Position gefeilscht wurde, er sieht auch den unaufhaltsam wachsenden

Einfluss der Wirtschaftsverbände. Das ergab sich aus der Tatsache, dass das spärliche Bundespersonal den Problemen und technischen Anforderungen der neuen Aussenhandelspolitik schlicht nicht gewachsen war. Gerne wolle sich, heisst es in einem Schreiben an den Präsidenten des Schweizerischen Handels- und Industrievereins vom 12. September 1882, "der Bundesrat der vom Vorort d. Schweiz. Handels- und Industrievereins in so entgegenkommender Weise offrirten Mithülfe bedienen und lässt denselben daher freundlichst ersuchen, ... sich gewissermassen als Centralstelle für die Reclamanten organisiren und dem Bundesrate die einzelnen Reclamationen ... zur Weiterbeförderung an die betreffenden Schutzmächte übermitteln zu wollen."[5]

Ohnehin stand es damals sehr bescheiden bestellt um die Vertretung der schweizerischen Interessen im Ausland. Fremde Gesandtschaften in Bern waren recht zahlreich, schweizerische dagegen gab es nur in den unmittelbaren Nachbarstaaten, also in Paris, Wien, Rom und Berlin, dazu kam 1882 Washington, und zwar in Erwägung des Auswanderungsdruckes und der rasch wachsenden handelspolitischen Interessen. Daneben und darunter gab es freilich schon ein recht dichtes Netz konsularischer Vertretungen - vollamtliche Generalkonsulate und Konsulate, nebenamtliche Vizekonsulate. Man kann also fast von einer Lastenverteilung sprechen. Bis ca. 1880 gab es Gesandtschaften insbesondere da, wo politische Beziehungen traditioneller Art im Spiele waren, während den Problemen der Handelspolitik und der Auswanderung vor allem die Konsulate dienten. Dann aber trat ein Wechsel ein, so dass auch die jüngeren Gesandtschaften - ausser Washington und London später auch Buenos Aires, Tokio und St. Petersburg - nicht zuletzt der wirtschaftlichen Interessen wegen eingerichtet wurden.

Blenden wir aber zurück auf die politische Konstellation der Bismarckzeit. Das Jahr 1875, da der Kulturkampf an Virulenz verlor, ist auch das erste Jahr einer erneuten, drohenden Kriegsgefahr gewesen, das der sog. Krieg-in-Sicht-Krise. Diese hat für viele schweizerische Zeitgenossen einen förmlichen

Schock bedeutet und das bisschen Sekurität erschüttert, in der man sich aufgehoben wähnte. Wir müssen, um dies zu verstehen, uns die ganz andere Optik der Generationsgenossen jener Jahre zu eigen machen suchen. Sie hatten in den 15 Jahren zwischen 1855 und 1870 nicht weniger als fünf europäische Kriege erlebt, d.h. im durchschnittlichen Dreijahresrhythmus einen. Was lag nach solchen Erfahrungen näher als die Erwartung einer baldigen neuen Explosion. Jacob Burckhardts Diktum vom Herbst 1870 ("... nun kommt der deutsch-russische Krieg in den Mittelgrund und dann allmählich in den Vordergrund des Bildes zu stehen") war wohl nur eine unter ähnlichen Befürchtungen. Die Hoffnung auf vier Friedensjahrzehnte für Mitteleuropa wäre damals wohl als Schönfärberei beiseitegelegt worden. Weit realistischer erschien es, sich auf einen baldigen Krieg gefasst zu machen, der die Schweiz möglicherweise keineswegs verschonen werde. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, dass neben Bismarck ein anderer Gesprächspartner wachsende Bedeutung gewann, zumal er recht gerne mit sich reden liess und durch knappe, aber gewichtige Ratschläge auf die Schweiz einzuwirken suchte: Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke. Mehrere Male figuriert der grosse Schweiger als Gesprächspartner in den DDS, und zwar immer in dem Sinne, dass die Schweiz gut tue, sich auf den Ernstfall vorzubereiten. Dass eine akute Bedrohung niemals von Deutschland, sondern nur von Frankreich ausgehen könne, bildet ein weiteres Leitmotiv dieser Ermahnung. Nehmen wir das Gespräch vom 5. Januar 1887, über welches der Gesandte Roth schon am folgenden Tage berichtete. Moltke liess sich darin folgendermassen verlauten: "Die Schweiz hat von uns im Falle eines Krieges nichts zu befürchten. Wir werden nie daran denken, die schweiz. Neutralität zu verletzen. Das wäre ja widersinnig. Dagegen könnte es allerdings den Franzosen eventuell einfallen, den Weg durch schweizerisches Gebiet zu nehmen, um in Süd-Deutschland einzufallen. Wenn die Schweiz aber gerüstet, wenn sie gewillt ist, fest für die Wahrung der Neutralität einzustehen und wenn man in Paris weiss, dass man bei einer derartigen Combination also vorerst mit dem Widerstand einer vorzüglich geschulten und ausgerüsteten Armee von 100'000 Mann zu

rechnen haben würde, ehe man überhaupt an unsere Grenze gelangen könnte, so darf man doch als ziemlich sicher annehmen, dass die Schweiz auch von dort her nichts zu fürchten hat. Hierauf kann aber nur unter der Bedingung gezählt werden, dass man schweizerischerseits wirklich gerüstet ist und deutlich zu verstehen giebt, dass man fest entschlossen wäre, die Neutralität mit dem ganzen Aufwande der verfügbaren Kräfte zu vertheidigen. ... Uebrigens setzen wir das nöthige Vertrauen in die Schweiz. Wir sind überzeugt, dass man sich dort rechtzeitig vorsieht und auch den festen Willen hat, die Neutralität unter allen Umständen zu wahren. Weniger zweifellos erscheint uns die eventuelle Haltung Belgien's. Wären wohl dort die Regierung und die Kammern geneigt und stark genug, sich bei einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland der französischen Armee zu widersetzen? Es herrscht in Belgien eben immer ein gewisses Misstrauen gegen Deutschland, wegen dessen angeblicher Annexionsgelüste."[6]

Nachdem der Balkan zweimal (1877/78 und nochmals 1885) als Blitzableiter europäischer Konflikte gedient hatte, eskalierte die Kriegsgefahr bekanntlich eben in jenem Frühjahr 1887. Während einiger Wochen sah es ganz nach einem antizipierten 1914 aus. Damals ist - interessanterweise von Frankreich - die Savoyerfrage nochmals ins Gespräch gezogen worden. Die Schweiz möge, so die von Paris kommende Anregung, eine Neutralisierung und vorübergehende Besetzung Nordsavoyens ins Auge fassen. Der Hintergrund dieser Pariser Demarche bestand offensichtlich in der Befürchtung, im Kriegsfall mit der Feindschaft des Dreibundpartners Italien rechnen zu müssen - dagegen wollte man der Schweiz einen Teil der Sicherung Savoyens überwälzen. Bern war zunächst überrascht, alsdann interessiert. Je erkennbarer aber dieses schweizerische Interesse wurde, desto mehr schwand dasjenige der Franzosen dahin, zumal auch die Kriegsgefahr an Dringlichkeit verlor. So verschanzte man sich am Quai d'Orsay hinter scheinbaren oder wirklichen Missverständnissen und liess die Angelegenheit zu seinen eigenen Gunsten auf sich beruhen.

1887 war das letzte Jahr einer realen Kriegsgefahr. Die wilhel-

minische Aera liess sich - zumindest in ihrem ersten Jahrzehnt - friedlicher an als die zuendegehende Bismarckzeit. Ohnehin hatte sich die deutsch-schweizerische Harmonie der Kulturkampfzeit nicht aufrechterhalten lassen. Das Jahr des Sozialistengesetzes 1878 markierte eine Zäsur, indem die deutschen Sozialdemokraten ihre Aktivität nach der Schweiz verlegten und dadurch während der ganzen 1880er Jahre das Verhältnis des Gastlandes zum amtlichen Deutschland strapazierten. Jetzt wurde der Reichskanzler für die in Bern tätigen Schweizer Diplomaten wieder zunehmend unnahbar. Stattdessen bekamen sie es mit dem Sohn und Staatssekretär des Auswärtigen, dem Grafen Herbert von Bismarck zu tun, dessen nervöse Reizsamkeit manches politische Gespräch färbte und aegrierte. Immer ging es um den Vorwurf, dass die Schweiz der sozialistischen Agitation zu unbeteiligt zusehe und dadurch den Umsturz zumindest passiv fördere. Der Gesandte Roth, selber entschiedener Antisozialist, befand sich in der unkomfortablen Situation, einerseits diese Vorwürfe in Berlin zu entkräften und als haltlos hinstellen, andererseits doch in Bern auf mehr Kontrolle und Repression dringen zu müssen. Eine zusätzliche Bedrohlichkeit zeichnete sich durch das Bemühen von Bismarck Vater und Sohn ab, den Kampf gegen die Sozialdemokratie auch aussenpolitisch zu nutzen. Und zwar sollte das im Zeichen der Zwei- und Dreibundpolitik kritisch gewordene Verhältnis Berlins zu St. Petersburg durch eine konservativ-antirevolutionäre Interessenkoalition im Innern wieder gefestigt werden. Die Schweiz war ja nicht nur eine Basis deutscher Sozialdemokraten, sie gab auch eine Plattform russisch-revolutionärer Aktivisten ab. Freilich funktionierte diese Dreierallianz Deutschland-Oesterreich-Russland nicht mehr so richtig; der russische Gesandte in Bern selbst stand - wie gelegentliche Hinweise erkennen lassen - den konservativen Bemühungen skeptisch gegenüber und suchte sie, wenn nicht zu hintertreiben, so doch leerlaufen zu lassen. Weitere Aufschlüsse dazu sind wohl erst zu erwarten, wenn einmal die Akten des Moskauer Zentralarchivs, das auch die Gesandtschaftsberichte aus Bern birgt, der Forschung zugänglich werden.

Der Bundesrat blieb fest. Politische Delinquenten - auch Attentäter auf Staatsoberhäupter - sollten nur dann ans Ausland ausgeliefert werden, wenn sie gemeine Verbrechen begangen hätten. Das wurde als Extremposition verstanden, und selbst der wohlgesinnte österreichische Aussenminister liess Bern wissen, dass diese Fixierung auf das absolute Asylrecht nicht mehr zeitgemäss sei. Dennoch: die konzertierte Aktion der Mächte gegen die schweizerische Asylpraxis fand nicht statt.

Kulmination und Scheitern dieser um und gegen die Schweiz gerichteten Bemühungen Bismarcks brachte bekanntlich der Wohlgemuth-Handel, auf den ich hier nicht weiter eingehen möchte, der aber die ganze Duplizität dieser Politik - antirevolutionär unter dem Anstrich der Komplizenschaft mit einzelnen als 'agents provocateurs' eingesetzten Agitatoren - aufzeigte und dadurch die Schweiz in nicht geringere Verlegenheit brachte als das Deutsche Reich. Dass nach Bismarcks Sturz das Sozialistengesetz fiel und damit eine entscheidende Wiederverbesserung der Beziehung zwischen Berlin und Bern möglich wurde, muss als wesentlicher und positiver Aspekt der Politik des sog. Neuen Kurses bewertet werden.

Das Thema dieser Betrachtung brachte es mit sich, dass Deutschland die Macht war und blieb, auf die es im Koordinatensystem der Schweiz jener Jahre vor allem ankam. Oesterreich-Ungarn war kaum mehr als ein uns zumeist wohlgesinnter Sekundant des Reiches; im übrigen kehrte die Donaumonarchie der Schweiz allein schon geopolitisch den Rücken zu. Das einzige gemeinsame Geschäft - ein über Jahrzehnte sich hinziehender Dauerbrenner und Aktenfüller - war die unpolitische Frage der Rheinkorrektur. Italien dagegen wurde seines unkontrollierbaren Irredentismus wegen als problematischer Nachbar eingestuft. Zudem gab es an der Südgrenze laufend Kleinkonflikte wegen des gewerbsmässigen Tabakschmuggels, der wiederum eine Folge der abnorm hohen Tabakbesteuerung in Italien war. Zu Frankreich war das Verhältnis ambivalent. Seine jähe Schwächung infolge des 70er Krieges erwies sich - glücklicherweise, muss man im Interesse des Gleich-

gewichts sagen - als vorübergehend. Es gab zwar einige Probleme mit geflüchteten Communards, aber die hielten nicht vor. Die Beziehungen zu Paris bzw. zu Versailles (dem vorübergehenden Sitz der Regierung) waren dank dem persönlichen Einfluss des Ministers Kern (dessen Bedeutung ja in der grossen Biographie Schoops herausgearbeitet ist) gut eingespielt.

Die Präsidentschaft Thiers und Person seines Berner Vertreters Lanfrey flössten Vertrauen ein. Dann aber kam recht brüsk die Präsidentschaft Mac Mahons mit ihren klerikalen Sympathien und beargwöhnten Diplomaten, sowie gewissen Manifestationen zugunsten der katholischen Jurassier im Kulturkampf. Das gab Anlass zu Besorgnis und auch zu gelegentlicher Kooperation mit der deutschen Botschaft in Paris - denn selbst auf Symptome der Förderung des sog. Ultramontanismus durch das Ausland reagierte man in Bern empfindlich, im Bundesrat wie in der dortigen Kantonsregierung. Nun, diese Beziehungskrise konnte schon 1874 als überwunden gelten. Mit der grossen innenpolitischen Wende Frankreichs weg vom Konservatismus, die sich gegen Ende der 70er Jahre vollzog und mit der Konsolidierung der 3. Republik verlor sich vollends diese Variante der Bedrohung. Aber ein gewisser Grad militärischer Gefährdung von seiten Frankreichs wurde doch angenommen und schien sich durch die systematischen Befestigungen längs der Juragrenze zu bestätigen. Dringende und wiederholte Nachfragen in Paris erbrachten eine wenigstens teilweise Beruhigung: diese Fortifikationen, weit davon entfernt, die Schweiz zu gefährden, dienten vielmehr ihrer Sicherung, da sie allfällige deutsche Durchmarschabsichten erschwerten. Bei dieser Auskunft, der eine gewisse Logik nicht abzusprechen war, musste man es wohl oder übel bewenden lassen.

Jedenfalls war die Konstellation nunmehr gegeben, die bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges das aussenpolitische Umfeld der Schweiz bestimmte. Für die meisten schweizerischen Zeitgenossen sah es um 1890 wohl so aus, dass der im allgemeinen verlässlichen Nachbarschaft Deutschlands und Oesterreich-Ungarns die etwas minder verlässliche Frankreichs und die unsichere Italiens

gegenüberstand. Aufs Ganze gesehen wusste man sich nicht gerade in Sicherheit, aber doch - nach den überstandenen Krisen der Bismarckzeit - nicht mehr unmittelbar gefährdet. Das imperialistische Zeitalter mit seinen neuen Horizonten und seinen wettlaufähnlichen Ansätzen zur Weltpolitik, das uns im Rückblick als die grosse Gefahr für den Frieden erscheint, trug eben doch auch dazu bei, die europäische Mitte und damit die Schweiz zu entlasten - wenigstens für die nächste Zukunft.

Anmerkungen

1. Diplomatische Dokumente der Schweiz, Bd.2, Nr. 92, 17.5.1867.

2. DDS 3, Nr. 290, 26.5.1885.

3. Ibid., Nr. 2, 23.2.1873.

4. Ibid., Nr. 204, 26.11.1881.

5. Ibid., Nr. 20, 12.9.1882.

6. Ibid., Nr. 308, 6.1.1887.